

JULIA WEITENSTEINER

Person und Korporation

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e. V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

90

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

90



Julia Weitensteiner

Person und Korporation

Die Verfassungsrechte von juristischen Personen
nach dem deutschen Grundgesetz
und von corporations nach der US-Verfassung

Mohr Siebeck

Julia Weitensteiner, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft in Regensburg und Sheffield, UK; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht der Universität Regensburg; Forschungsaufenthalt an der Law School der UC California, Berkeley; 2022 Promotion; Juristin im öffentlichen Dienst.
orcid.org/0000-0003-0275-3498

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2022

ISBN 978-3-16-162050-8/eISBN 978-3-16-162115-4

DOI 10.1628/978-3-16-162115-4

ISSN 1861-5449/eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im im Mai 2022 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur wurden bis September 2022 berücksichtigt.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Thorsten Kingreen, gebührt mein herzlicher Dank für die schöne und lehrreiche Zeit an seinem Lehrstuhl ebenso wie für seinen steten Zuspruch und seine Begeisterung für jegliche Ideen und Vorhaben, die wir als Team während meiner Zeit am Lehrstuhl in Angriff nehmen konnten. Insbesondere verdanke ich ihm die Möglichkeit, im Jahr 2018 einen Forschungsaufenthalt als visiting scholar an der University of California, Berkeley zu verbringen. Die Zeit in den USA hat grundlegend zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen und war zudem eine großartige persönliche Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Ohne die persönliche, berufliche und organisatorische Unterstützung von Professor Kingreen wäre dies nicht möglich gewesen.

Ebenso möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Robert Uerpmann-Witzack nicht nur für die rasche Erstellung seines Zweitgutachtens bedanken, sondern auch für seine hilfreichen Anregungen zu meiner Arbeit, seine Ratschläge und sein immer offenes Ohr für die Anliegen von Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fakultät.

Stellvertretend aus dem Kreis meiner wunderbaren Kolleginnen und Kollegen in Regensburg möchte ich Marje Mülder und Zachariasz Hussendörfer nennen und mich für die zahlreichen hilfreichen und herausfordernden Diskussionen und Abenteuer am Lehrstuhl und darüber hinaus bedanken. Besonderen Anteil am Gelingen dieser Arbeit hat zudem Maria Deutinger durch das hervorragende sprachliche Korrekturlesen des Manuskripts.

Mein größter Dank gebührt meinen Eltern und meiner Schwester, für ihre Förderung und ihr unerschütterliches Vertrauen und Jia Schulz-Cao, für seinen bedingungslosen Rückhalt und seine stetige Unterstützung. Meiner Schwester Sabine Weitensteiner danke ich im Besonderen für das Vorbild, das sie mir als Erste in unserer Familie auf diesem Weg in Studium und Promotion jederzeit war. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Wien, Januar 2023

Julia Weitensteiner

Inhaltsübersicht

Einführung	1
<i>A. Die Zweiteilung der (juristischen) Welt</i>	1
<i>B. Problemstellung</i>	2
Kapitel 1: Grundlegung	7
<i>A. Die Risiken der Rechtsvergleichung und die korrespondierende Methodik</i>	7
<i>B. Der Gegenstand und die Ziele der durchzuführenden Rechtsvergleichung</i>	11
<i>C. Terminologische Grundlagen</i>	13
Kapitel 2: Grundrechte juristischer Personen im Grundgesetz ...	27
<i>A. Das Urteil des BVerfG zur AtG-Novelle – Staat ist nicht gleich Staat</i>	27
<i>B. Der Sinn und Zweck von Art. 19 Abs. 3 GG</i>	31
<i>C. Problemfelder in der Anwendung von Art. 19 Abs. 3 GG</i>	35
<i>D. Fazit: Juristische Personen als Herausforderung für die binären Prinzipien der deutschen Grundrechtsdogmatik</i>	54
Kapitel 3: Der gesellschaftliche Kontext korporativer Organisationsformen in den USA	57
<i>A. Corporations in den Vereinigten Staaten von Amerika</i>	57
<i>B. Corporations in der Wahrnehmung der Verfassungsväter</i>	72
<i>C. Das rechtstheoretische Konzept der corporation in den USA</i>	74
Kapitel 4: Die Verfassungsrechte privater corporations in der Rechtsprechung des US Supreme Court	77
<i>A. Urteile in der Zeit der special charter</i>	77
<i>B. Die Anfangszeit der general incorporation laws</i>	86
<i>C. Der korporative Griff nach den Rechten des 14. Zusatzartikels</i>	106

<i>D. Corporate Criminal Liability und ihre verfassungsrechtlichen Folgen zum Beginn des 20. Jahrhunderts</i>	122
<i>E. Konsolidierung der corporate constitutional rights Rechtsprechung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	131
<i>F. First Amendment rights für corporations: Commercial und political speech</i>	137
<i>G. First Amendment rights für corporations: Religionsfreiheit</i>	181
<i>H. Fazit: Die fortschreitende Ausweitung der corporate constitutional rights durch den US Supreme Court</i>	196
Kapitel 5: Die Verfassungsrechte staatsnaher corporations in der Rechtsprechung des US Supreme Court	201
<i>A. Staatsnahe corporations und die State Action Doctrine</i>	201
<i>B. Korporative Untereinheiten des Staates</i>	203
<i>C. Dem Staat zurechenbare private corporations</i>	219
<i>D. Ausnahmen: Verfassungsrechtsberechtigung staatlicher corporations</i>	229
<i>E. Fazit: Grundsätzlich (noch) keine konkreten individuellen Verfassungsrechte für staatliche corporations</i>	237
Kapitel 6: Kritik und Lösungsansätze aus der US-amerikanischen rechtswissenschaftlichen Literatur	239
<i>A. Constitutional rights und corporate theory in der Literatur</i>	239
<i>B. Die Trennung von public und private in der rechtswissenschaftlichen Literatur</i>	262
<i>C. Fazit</i>	265
Kapitel 7: Rechtsvergleich	271
<i>A. Die Verfassungsrechte von Korporationen in den USA und in Deutschland</i>	271
<i>B. Die Rechte staatsnaher Korporationen</i>	286
Schlussbetrachtung	293
<i>A. Tertium datur</i>	293
<i>B. Quartum datur?</i>	293

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten Zeitschriften	XXV
Einführung	1
<i>A. Die Zweiteilung der (juristischen) Welt</i>	1
<i>B. Problemstellung</i>	2
I. Die Grundrechte juristischer Personen	2
II. Die US-amerikanische Perspektive	3
III. Ziel und Gang der Untersuchung	5
Kapitel 1: Grundlegung	7
<i>A. Die Risiken der Rechtsvergleichung und die korrespondierende Methodik</i>	7
I. Funktionale Rechtsvergleichung	7
II. Kontextuelle Rechtsvergleichung	8
III. Anwendung der Methoden in dieser Arbeit	9
<i>B. Der Gegenstand und die Ziele der durchzuführenden Rechtsvergleichung</i>	11
<i>C. Terminologische Grundlagen</i>	13
I. Die deutsche Terminologie	14
1. Person und Rechtssubjekt	14
2. Die juristische Person als Rechtssubjekt	14
a) Vorbemerkung	15
b) Im einfachen Recht	15
c) Im Grundgesetz	17
3. (Grund-)Rechtsberechtigung und -verpflichtung	18
II. Die US-amerikanische Terminologie	20
1. <i>Person</i> und <i>Corporation</i>	20
2. <i>Corporate Law</i> in den Vereinigten Staaten von Amerika	22
3. <i>Constitutional Rights</i>	23
4. <i>To have rights or not to have rights</i> – Verfassungsrechts- berechtigung und -verpflichtung im US-amerikanischen Recht	24
III. Terminologisches Fazit	24

Kapitel 2: Grundrechte juristischer Personen im Grundgesetz . . .	27
<i>A. Das Urteil des BVerfG zur AtG-Novelle – Staat ist nicht gleich Staat</i>	27
I. Die Grundrechte juristischer Personen des Privatrechts unter der Kontrolle eines ausländischen Staates	27
II. Anwendung auf den konkreten Fall von Vattenfall und Krümmel	28
III. Fazit und Reaktionen	30
<i>B. Der Sinn und Zweck von Art. 19 Abs. 3 GG</i>	31
I. Durchgriffsthese: Individualbezogener Ansatz	31
II. Grundrechtstypische Gefährdungslage: Schutzbereichs- oder situationsbezogener Ansatz	32
III. Der Standpunkt des BVerfG	33
IV. Fazit: Die juristische Person als bloße Hülle menschlicher Interessen oder als eigenständige Rechtsperson	34
<i>C. Problemfelder in der Anwendung von Art. 19 Abs. 3 GG</i>	35
I. Private juristische Personen	36
II. Staatliche juristische Personen	36
1. Problematik	37
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	37
a) Grundsatz	37
b) Begründungslinien	38
aa) Durchgriffsthese	38
bb) Konfusionsargument	38
cc) „Keine Flucht ins Privatrecht“-Argument	39
c) Im Einzelnen	39
aa) Juristische Personen des Öffentlichen Rechts	39
i. Verfahrensgrundrechte	40
ii. Die Ausnahmetrias: Universitäten, Kirchen und Rundfunkanstalten	41
bb) Eigengesellschaften des Staates	42
cc) Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	42
3. Kritik der Literatur	44
a) Am Konfusionsargument	44
b) An der Rechtsprechung des BVerfG zu Eigengesellschaften und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	45
aa) „Keine Flucht ins Privatrecht“-Argument	46
bb) Beherrschungskriterium	46
4. Fazit: Versuch der Beibehaltung eines binären Modells trotz erheblicher Herausforderungen	47

III.	Das Merkmal inländisch	48
1.	Der „alte“ Streit zwischen Sitz- und Kontrolltheorie	49
2.	Mögliche Modifizierungen der Sitztheorie	50
IV.	Die anwendbaren Grundrechte	51
1.	Trennungsprinzip als Grundsatz	51
2.	Art. 3 Abs 3 GG: Diskriminierung der hinter der juristischen Person stehenden Menschen	52
3.	Wertungswidersprüche bei ungeschützten juristischen Personen am Beispiel der Schächten-Fälle	53
<i>D. Fazit: Juristische Personen als Herausforderung für die binären Prinzipien der deutschen Grundrechtsdogmatik</i>		
I.	Die Dichotomie von natürlichen und juristischen Personen . . .	54
II.	Die Dichotomien von Staat und Individuum, öffentlich und privat und Grundrechtsberechtigung und -verpflichtung . .	55
III.	Ergebnis	55
 Kapitel 3: Der gesellschaftliche Kontext korporativer Organisationsformen in den USA		
A. Corporations in den Vereinigten Staaten von Amerika		57
I.	Die Entwicklung der modernen Korporation	57
1.	Kolonialzeit unter englischer Herrschaft (vor 1776)	57
2.	Die Zeit der <i>special charter</i> – von der Staatsgründung bis zum Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs	58
3.	Kritik an der Praxis der <i>special charters</i> und die Entwicklung zur <i>general incorporation</i> ab Mitte des 18. Jahrhunderts	60
4.	Boom und Konsolidierung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts	62
5.	Moderne Entwicklungen	65
II.	Die <i>nonprofit corporation</i>	67
III.	Die heutige Kontroverse um die <i>special charters</i>	69
IV.	Korporationen in den Vereinigten Staaten – vom lokalen Kleinbetrieb zum globalen Großunternehmen . . .	71
B. Corporations in der Wahrnehmung der Verfassungsväter		72
I.	Der Einfluss der historischen Auslegung im US-amerikanischen Verfassungsrecht	72
II.	<i>Corporations</i> und der Verfassungskonvent	72
III.	Gesicherte historische Aussagen von Verfassungsvätern	73
C. Das rechtstheoretische Konzept der corporation in den USA		74
I.	<i>Concession Theory</i>	74
II.	<i>Real Entity Theory</i>	75
III.	<i>Aggregate Theory</i>	76

Kapitel 4: Die Verfassungsrechte privater <i>corporations</i> in der Rechtsprechung des US Supreme Court	77
A. Urteile in der Zeit der <i>special charter</i>	77
I. <i>Bank of the United States v. Deveaux</i> (1809)	77
1. Sachverhalt	77
2. Urteil des US Supreme Court	78
a) Zusammenfassung	78
b) Rechtliche Argumentation	78
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	79
II. <i>Trustees of Dartmouth College v. Woodward</i> (1819)	81
1. Sachverhalt	81
2. Urteil des US Supreme Court	82
a) Zusammenfassung	82
b) Rechtliche Argumentation	83
c) Sondervoten der Richter Washington und Story	83
3. Analyse	84
a) Aussagen zur <i>corporation</i>	84
b) <i>Public corporations</i>	85
B. Die Anfangszeit der <i>general incorporation laws</i>	86
I. <i>Bank of Augusta v. Earle</i> (1839)	86
1. Sachverhalt	86
2. Urteil des US Supreme Court	87
a) Zusammenfassung	87
b) Rechtliche Argumentation	88
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	89
II. <i>Louisville, Cincinnati & Charleston Railroad Co. v. Letson</i> (1844)	91
1. Sachverhalt	91
2. Urteil des US Supreme Court	92
a) Zusammenfassung	92
b) Rechtliche Argumentation	93
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	94
III. <i>Marshall v. Baltimore & Ohio Railroad Co.</i> (1853)	95
1. Sachverhalt	95
2. Urteil des US Supreme Court	96
a) Zusammenfassung	96
b) Rechtliche Argumentation	96
3. Sondervoten der Richter Catron, Daniel und Campbell	97
4. Aussagen zur <i>corporation</i>	98
IV. <i>Dodge v. Woolsey</i> (1855)	99
1. Sachverhalt und Urteil	99
2. Rechtliche Argumentation	99

	3. Sondervotum der Richter Catron, Daniel und Campbell . . .	100
	4. Aussagen zur <i>corporation</i>	101
V.	<i>Paul v. Virginia</i> (1868)	102
	1. Sachverhalt	102
	2. Urteil des US Supreme Court	103
	a) Zusammenfassung	103
	b) Rechtliche Argumentation	103
	3. Aussagen zur <i>corporation</i>	104
C.	<i>Der korporative Griff nach den Rechten des 14. Zusatzartikels</i>	106
I.	<i>Slaughter-House Cases</i> (1872)	106
	1. Sachverhalt	106
	2. Urteil des US Supreme Court	107
	a) Zusammenfassung	107
	b) Rechtliche Argumentation	107
	3. Sondervoten der Richter Field, Bradley und Swayne	108
	4. Aussagen zur <i>corporation</i>	109
II.	<i>Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad Co.</i> (1886) . . .	110
	1. Sachverhalt	110
	2. Urteil des US Supreme Court	110
	a) Zusammenfassung	110
	b) Rechtliche Argumentation	111
	3. Aussagen zur <i>corporation</i>	111
	a) Im US Supreme Court Urteil	111
	b) In den vorausgegangenen Circuit Court Entscheidungen	112
	aa) <i>Railroad Tax Cases</i> (Circuit Court)	112
	bb) <i>Santa Clara County v. Southern Pac. R. Co.</i>	
	(Circuit Court)	113
	cc) Analyse	114
	c) Rückschlüsse auf die Entscheidung des US Supreme Court	115
III.	<i>Pembina Consol. Silver Mining & Milling Co. v. Pennsylvania</i> (1888)	116
	1. Sachverhalt und Urteil des US Supreme Court	116
	2. Rechtliche Argumentation und Aussagen zur <i>corporation</i> . . .	117
IV.	<i>Minneapolis & St. L. Ry. Co. v. Beckwith</i> (1889)	118
	1. Sachverhalt und Urteil	118
	2. Rechtliche Argumentation und Aussagen zur <i>corporation</i> . . .	118
V.	Die Anwendung der <i>Due Process Clause</i> des 5. Zusatzartikels	
	auf <i>corporations</i>	119
	1. <i>Due Process Clauses</i> in der US-Verfassung	119
	2. <i>Noble v. Union River Logging Railroad Co.</i> (1893)	120
	a) Sachverhalt und Urteil	120
	b) Rechtliche Argumentation und Aussagen zur <i>corporation</i>	120
VI.	Fazit	121

<i>D. Corporate Criminal Liability und ihre verfassungsrechtlichen Folgen zum Beginn des 20. Jahrhunderts</i>	122
I. Die Entwicklung der strafrechtlichen Verantwortung von <i>corporations</i>	122
II. <i>Hale v. Henkel</i> (1906)	123
1. Sachverhalt und Urteil	124
a) Zusammenfassung	124
b) Rechtliche Argumentation	124
2. Sondervoten der Richter Harlan, McKenna und Brewer . . .	125
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	126
a) Mehrheitsbegründung	126
b) Sondervoten	126
c) Fazit	127
III. <i>New York Central & Hudson River Railroad Co. v. U.S.</i> (1909) . .	128
1. Sachverhalt	128
2. Urteil des US Supreme Court	128
a) Zusammenfassung	128
b) Rechtliche Argumentation	129
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	129
IV. Weitere Entwicklungen	131
<i>E. Konsolidierung der corporate constitutional rights Rechtsprechung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts</i>	131
I. <i>Lochner v. New York</i> (1905) und die folgende <i>Lochner</i> -Ära	131
II. <i>Connecticut General Life Ins. Co. v. Johnson</i> (1938)	132
1. Sachverhalt und Urteil	132
2. Sondervotum von Richter Black	133
III. <i>Wheeling Steel Corp. v. Glander</i> (1949)	135
1. Sachverhalt und Urteil	135
2. Sondervoten der Richter Jackson, Douglas und Black	135
a) Abweichende Meinung der Richter Douglas und Black . .	135
b) Rechtfertigendes Sondervotum von Richter Jackson	136
3. Aussagen zur <i>corporation</i>	136
<i>F. First Amendment rights für corporations:</i>	
<i>Commercial und political speech</i>	137
I. Korporative Presse- und Meinungsfreiheit als <i>Liberty</i> in der <i>Due Process Clause</i>	138
1. <i>Grosjean v. American Press Co.</i> (1936)	138
a) Sachverhalt und Urteil	138
b) Analyse	139
2. Kehrtwende in <i>Hague v. Committee for Industrial Organization</i> (1939)	139

II.	Wegbereitende Entscheidungen ohne die Beteiligung von <i>corporations</i>	140
	1. <i>Buckley v. Valeo</i> (1976)	141
	a) Sachverhalt	141
	b) Urteil des US Supreme Court	141
	c) Rechtliche Argumentation und Analyse	141
	2. <i>Virginia State Board of Pharmacy v. Virginia Citizens Consumer Council</i> (1976)	142
	a) Sachverhalt	142
	b) Urteil des US Supreme Court	143
	c) Sondervoten der Richter Burger, Stewart und Rehnquist	144
	d) Analyse	145
	3. Fazit	145
III.	<i>First National Bank v. Bellotti</i> (1978)	145
	1. Sachverhalt	146
	2. Urteil des US Supreme Court	147
	a) Zusammenfassung	147
	b) Rechtliche Argumentation	147
	3. Sondervoten der Richter Burger, White und Rehnquist	148
	a) Abweichendes Sondervotum von Richter White	149
	b) Abweichendes Sondervotum von Richter Rehnquist	150
	4. Analyse	151
	a) Aussagen zur <i>corporation</i>	151
	aa) In der Mehrheitsbegründung	151
	bb) In den Sondervoten	152
	b) Fazit	153
IV.	<i>Central Hudson Gas & Electric Corporation v. Public Service Commission of New York</i> (1980)	154
	1. Sachverhalt	154
	2. Urteil des US Supreme Court	155
	a) Zusammenfassung	155
	b) Rechtliche Argumentation	155
	3. Sondervoten der Richter Brennan, Blackmun, Stevens und Rehnquist	156
	4. Aussagen zur <i>corporation</i>	157
V.	<i>Austin v. Michigan Chamber of Commerce</i> (1990)	158
	1. Sachverhalt	158
	2. Urteil des US Supreme Court	158
	a) Zusammenfassung	158
	b) Rechtliche Argumentation	159
	3. Sondervoten der Richter Brennan, Stevens, Scalia und Kennedy	161
	4. Aussagen zur <i>corporation</i>	162

VI.	<i>McConnell v. FEC</i> (2003)	165
1.	Sachverhalt und Urteil	165
2.	Sondervoten der Richter Scalia, Thomas und Kennedy	166
3.	Aussagen zur <i>corporation</i>	167
VII.	<i>Citizens United v. FEC</i> (2010)	168
1.	Sachverhalt	168
2.	Urteil des US Supreme Court	169
a)	Zusammenfassung	169
b)	Rechtliche Argumentation	170
3.	Sondervoten der Richter Roberts, Scalia, Thomas und Stevens	171
a)	Die abweichende Meinung von Richter Stevens	172
aa)	Methodische Kritik	172
bb)	Inhaltliche Kritik	173
b)	Die sich anschließenden Sondervoten	176
c)	Die abweichende Meinung von Richter Thomas	176
4.	Aussagen zur <i>corporation</i>	177
a)	In der Mehrheitsbegründung	177
b)	In den Sondervoten	178
c)	Fazit	180
VIII.	<i>Corporate Commercial und Political Speech</i> vor dem US Supreme Court	181
G.	<i>First Amendment rights für corporations: Religionsfreiheit</i>	181
I.	<i>Nonprofit corporations</i>	181
II.	<i>For-profit corporations in Burwell v. Hobby Lobby</i> (2014)	183
1.	Die rechtlichen Grundlagen des Urteils	183
2.	Sachverhalt	184
3.	Urteil des US Supreme Court	185
a)	Zusammenfassung	185
b)	Rechtliche Argumentation	185
aa)	<i>Corporate Religious Freedom</i>	185
bb)	Verletzung der Religionsfreiheit der <i>corporations</i>	187
4.	Sondervoten der Richter Kennedy, Kagan und Breyer und der Richterin Ginsburg	188
a)	Die Sondervoten der Richter Kennedy, Breyer und Kagan	188
b)	Das Sondervotum von Richterin Ginsburg	189
aa)	Zur Anwendbarkeit des RFRA auf <i>corporations</i>	189
bb)	Zur Entscheidung im Übrigen	190
5.	Aussagen zur <i>corporation</i>	191
a)	In der Mehrheitsbegründung	191
b)	Im abweichenden Sondervotum von Richterin Ginsburg	193
c)	Fazit	194

<i>H. Fazit: Die fortschreitende Ausweitung der corporate constitutional rights durch den US Supreme Court</i>	196
--	-----

Kapitel 5: Die Verfassungsrechte staatsnaher corporations in der Rechtsprechung des US Supreme Court	201
---	-----

<i>A. Staatsnahe corporations und die State Action Doctrine</i>	201
---	-----

<i>B. Korporative Untereinheiten des Staates</i>	203
--	-----

I. Bundesstaaten: <i>South Carolina v. Katzenbach</i> (1966) und <i>Pennsylvania v. New Jersey</i> (1976)	203
1. Sachverhalt und Urteil in <i>South Carolina v. Katzenbach</i>	203
2. Sachverhalt und Urteil in <i>Pennsylvania v. New Jersey</i>	204
3. Analyse	204
II. <i>Municipal corporations</i> : Countys, Städte, Gemeinden	205
1. Der Begriff der <i>municipal corporation</i>	205
2. Die Ursprünge der Verfassungsrechte von <i>municipal corporations</i> in der Rechtsprechung des US Supreme Court	206
a) Sachverhalt und Urteil in <i>Terrett v. Taylor</i> (1815)	206
b) Aussagen zur staatlichen <i>corporation</i> in <i>Trustees of Dartmouth College v. Woodward</i> (1819)	207
aa) In der Mehrheitsbegründung	207
bb) Im Sondervotum von Richter Washington	207
cc) Sondervotum von Richter Story	208
c) Analyse	208
aa) Trennung von privaten und staatlichen <i>corporations</i>	208
bb) Eine Grenze staatlicher Eingriffe?	209
cc) Fazit	210
3. Neuere Entscheidungen	210
a) <i>Covington v. Kentucky</i> (1899)	211
aa) Sachverhalt und Urteil	211
bb) Analyse	211
b) <i>City of Worcester v. Worcester C. S. R. Co.</i> (1905)	212
c) <i>Hunter v. City of Pittsburgh</i> (1907)	213
aa) Sachverhalt und Urteil	213
bb) Analyse	215
d) <i>City of Trenton v. New Jersey</i> (1923)	215
aa) Sachverhalt und Urteil	215
bb) Analyse	217
e) <i>Williams v. Baltimore</i> (1933)	217
f) <i>Gomillion v. Lightfoot</i> (1960)	217
III. Fazit: Grundsätzlich kein verfassungsrechtlicher Schutz für Untereinheiten des Staates	218

C. Dem Staat zurechenbare private corporations	219
I. Wann ist dem Staat die Handlung einer privaten corporation zurechenbar?	219
1. Die <i>State Action Doctrine</i> im Grenzbereich von staatlichem und privatem Handeln	219
2. Die Voraussetzungen der Zurechnung privaten Handelns zum Staat nach der <i>State Action Doctrine</i>	220
a) <i>Corporations</i> als Teil des Staates	221
aa) <i>San Francisco Arts & Athletics, Inc. v. United States Olympic Committee</i> (1987)	221
bb) <i>Lebron v. National Railroad Passenger Corp.</i> (1995)	221
cc) Fazit	222
b) Die <i>Public Function Exception</i>	223
aa) <i>Jackson v. Metropolitan Edison Co.</i> (1974)	223
bb) Im Allgemeinen	224
c) Die <i>Entanglement Exception</i>	225
d) <i>State action</i> und ihre Ausnahmen	225
3. Staatsnahe <i>private corporations</i> und Verfassungsrechte – ein Umkehrschluss?	226
II. Kaum grundsätzliche Aussagen des US Supreme Court zu den Verfassungsrechten von staatsnahen <i>corporations</i>	227
1. Grundüberlegung	227
2. <i>Columbia Broadcasting System, Inc. v. Democratic National Comm.</i> (1973)	227
3. Rückgriff auf die Rechtsprechung zu den Untereinheiten des Staates	228
III. Fazit: Grundsätzlich kein verfassungsrechtlicher Schutz für staatsnahe <i>private corporations</i>	229
D. Ausnahmen: Verfassungsrechtsberechtigung staatlicher corporations	229
I. <i>Takings Clause</i> in <i>United States v. 50 Acres of Land</i> (1984)	230
1. Sachverhalt und Urteil	230
2. Analyse	231
II. Gemeinden	231
1. In der Rechtsprechung des US Supreme Court	231
2. In der unterinstanzlichen nationalen Rechtsprechung	232
a) Rechte von <i>municipal corporations</i> gegen andere Bundesstaaten	232
b) Rechte von <i>municipal corporations</i> gegen den eigenen Bundesstaat	233
3. Kommunale Rechte in den bundesstaatlichen Verfassungen	233

III. Verfassungsrechtliche Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit staatsnaher Bildungseinrichtungen	233
1. Staatliche Universitäten	234
a) <i>Regents of the University of California v. Bakke</i> (1978) . . .	234
b) <i>Grutter v. Bollinger</i> (2003)	234
c) <i>Fisher v. University of Texas</i> (2013)	235
2. Sonstige staatliche Bildungseinrichtungen	235
3. Fazit: Besonderer Schutz staatlicher Bildungseinrichtungen	236
<i>E. Fazit: Grundsätzlich (noch) keine konkreten individuellen Verfassungsrechte für staatliche corporations</i>	237
 Kapitel 6: Kritik und Lösungsansätze aus der US-amerikanischen rechtswissenschaftlichen Literatur	239
<i>A. Constitutional rights und corporate theory in der Literatur</i>	239
I. Kritik an der Rechtsprechung des US Supreme Court	239
1. Allgemeine inhaltliche Kritik	239
2. Kritik am Verhältnis zur <i>corporate theory</i>	241
3. Kritik an der Vorstellung von <i>corporations</i>	242
a) Veraltetes Bild von <i>corporations</i>	242
b) Abkehr vom rein wirtschaftlichen Verständnis gewinnorientierter <i>corporations</i>	243
4. Kritik am Rückzug des Verfassungsrechts aus der Regulierung korporativer Rechte	244
5. Kritik an den einzelnen Theorien der <i>corporation</i>	244
a) Kritik an der <i>Aggregate Theory</i>	244
b) Kritik an der <i>Real Entity Theory</i>	246
c) Kritik an der <i>Concession Theory</i>	246
II. Alternative Modelle korporativer Verfassungsrechte	247
1. Allgemeine Modelle für ein System der <i>corporate constitutional rights</i>	247
a) Einfachgesetzliche Regelungen durch die Bundesstaaten .	247
b) Ein Zusatzartikel zur Verfassung zur Klärung der <i>corporate constitutional rights</i>	249
c) Vergleichbarkeit mit natürlichen Personen in der jeweiligen grundrechtlichen Schutzsituation als Voraussetzung	249
d) Korporative Teilhabe abhängig vom Schutzzweck des Rechts	250
e) Den wirtschaftlichen Zweck von <i>corporations</i> fördernde Rechte	250
f) <i>Institutional Tailoring Doctrine</i>	251

g) Vermittelnde, auf der Rechtsprechung des US Supreme Court aufbauende Modelle abgeleiteter Rechte	253
aa) Von einer abgrenzbaren Gruppe assoziierter Personen abgeleitete <i>corporate rights</i>	253
bb) <i>Corporate rights</i> bei Einstimmigkeit der Mitglieder	255
2. Lösungsvorschläge aus dem Bereich der <i>corporate theory</i>	255
a) Rückkehr zu den Grundlagen der <i>Concession Theory</i>	256
b) Rückkehr zur <i>Real Entity Theory</i>	256
c) Mischung aller Theorien in einer „abgeschwächten“ Form	257
d) Gänzliche Abkehr von der <i>corporate theory</i>	257
e) Korporative Verfassungsverpflichtung statt <i>corporate constitutional rights</i>	258
aa) Moderne Ansätze	258
bb) Historische Forderungen	259
cc) Zusammenfassung	260
f) Neue theoretische Konzepte	260
aa) Neues Verständnis von <i>corporations</i> als Ansammlung von unterschiedlichen Interessen	260
bb) Wirtschaftswissenschaftliche Theorien	261
B. Die Trennung von public und private in der rechtswissenschaftlichen Literatur	262
I. Verfassungsrechte von staatsnahen <i>corporations</i>	262
1. Allgemeine Aussagen	262
2. Spezifische Aussagen zur <i>Freedom of Speech</i>	263
II. Die allgemeine rechtliche Aufteilung in öffentlich und privat	264
C. Fazit	265
I. Harsche wissenschaftliche Kritik am US Supreme Court	265
II. Die vorgeschlagenen Lösungsmodelle	267
1. <i>Corporate rights</i>	267
2. <i>Corporate theory</i>	268
III. Die <i>public/private</i> -Zweiteilung	268
Kapitel 7: Rechtsvergleich	271
A. Die Verfassungsrechte von Korporationen in den USA und in Deutschland	271
I. Die korporative Form als Herausforderung für beide Rechtssysteme	271
II. Die Rechte der hinter der Korporation stehenden Personen	271
1. Das Konzept des Blicks hinter die korporative Form	271
2. Widerspruch zum korporativen Konzept	272
3. Situations- und schutzzweckbezogene Gegenpositionen	273

4. Fallbeispiel	273
a) US Supreme Court	274
aa) <i>Concession Theory</i>	274
bb) <i>Aggregate Theory</i>	274
cc) <i>Real Entity Theory</i>	275
b) BVerfG	275
aa) Dogmatisch konforme Lösung	276
bb) Ausweg des BVerfG	276
c) Schutzbereichs- beziehungsweise situationsbezogene Modelle der Literatur	278
d) Das Problem der Minderheiteninteressen in beiden Ansätzen	278
aa) Schutzzweckbezogene Gegenmodelle	279
bb) Methodisches Problem der individualbezogenen Durchblicksmodelle	280
i. Das Mehrheitskriterium	280
ii. Antworten aus dem einfachen Recht	281
5. Fazit	282
III. Weitere systembezogene Gemeinsamkeiten und Unterschiede	283
1. Deutsche Grundrechtstheorie und US-amerikanische <i>corporate theory</i>	283
2. US-amerikanische Flexibilität und deutsche Universalität	284
3. US-amerikanische Extrempositionen	285
4. Die Frage der korporativen Grundrechtsbindung	286
B. Die Rechte staatsnaher Korporationen	286
I. Gemeinsamer Grundsatz: Keine korporativen individuellen Verfassungsrechte	287
II. Ähnliche Ausnahmen	287
1. Wissenschaftliche Freiheit der staatlichen Universitäten	287
2. Sonderrolle der Religionsgemeinschaften	288
3. Eigentumsschutz für Gemeinden	288
III. Unterschiede	289
1. Tendenz zu absoluten Kategorien im deutschen Recht	289
2. Staatlichkeit und Staatsnähe von Korporationen	290
Schlussbetrachtung	293
A. <i>Tertium datur</i>	293
B. <i>Quartum datur?</i>	293
Rechtsquellenverzeichnis	297
Literaturverzeichnis	299
Register	309

Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten Zeitschriften

a. A.	andere Ansicht
ACA	Affordable Care Act
a. E.	am Ende
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
B. C. L. Rev.	Boston College Law Review
BCRA	Bipartisan Campaign Reform Act (auch McCain-Feinstein-Act)
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
Brook. L. Rev.	Brooklyn Law Review
Bus. Law.	The Business Lawyer
BV	Bayerische Verfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
Cal. L. R.	California Law Review
Cardozo Pub. L. Pol'y & Ethics J.	Cardozo Public Law Policy & Ethics Journal
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
Colum. Bus. L. Rev.	Columbia Business Law Review
Colum. J.L. & Soc. Probs.	Columbia Journal of Law and Social Problems
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Const. Comment.	Constitutional Commentary
Del. J. Corp. L.	Delaware Journal of Corporate Law
ders./dies.	derselbe/dieselbe/dieselben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl.	englisch
EPLR	European Pharmaceutical Law Review
e. V.	eingetragener Verein
FEC	Federal Election Commission
FECA	Federal Election Campaign Act
Fn.	Fußnote
Ga. L. Rev.	Georgia Law Review

Ga. St. U. L. Rev.	Georgia State University Law Review
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GmbHR	GmbH-Rundschau
Hamline L. Rev.	Hamline Law Review
Harv. Bus. L. Rev.	Harvard Business Law Review
Harv. J. L. & Gender	Harvard Journal of Law and Gender
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings L. J.	Hastings Law Journal
h. L.	herrschende Lehre/Literatur
h. M.	herrschende Meinung
IJCLAW	International Journal of Constitutional Law
Int'l & Comp. L.Q.	International & Comparative Law Quarterly
Int'l Surv. Fam. L.	International Survey of Family Law
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
J. Marshall L. Rev.	The John Marshall Law Review
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JURA	Juristische Ausbildung
JZ	Juristenzeitung
Loy. U. Chi. L.J.	Loyola University Chicago Law Journal
Maastricht J. Eur. & Comp. L.	Maastricht Journal of Comparative Law
M. M.	Mindermeinung
MMR	Multimedia und Recht
(m.) w. N.	(mit) weitere(n) Nachweise(n)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
o. A.	ohne Autor/Autorin
Ohio St. L. J.	Ohio State Law Journal
Pepp. L. Rev.	Pepperdine Law Review
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
Rutgers L. J.	Rutgers Law Journal
RW	Rechtswissenschaft
sec.	section (dt. Abschnitt)
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
T.M. Cooley L. Rev.	Thomas M. Cooley Law Review
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U. Haw. L. Rev.	University of Hawaii Law Review
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U.C. Davis Bus. L.J.	University of California, Davis Business Law Journal
UCLA L. Rev.	University of California, Los Angeles Law Review

U.S.	United States Reports (offizielle Sammlung der Entscheidungen des US Supreme Court)
US Supreme Court	Supreme Court of the United States of America
US-Verf.	US-Verfassung
Utah L. Rev.	Utah Law Review
v.	versus (gegen)
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review
W. Va. L. Rev.	West Virginia Law Review
Wash. U. L. R.	Washington University Law Review
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review
Yale L. & Pol'y Rev.	Yale Law & Policy Review
Yale L. J.	Yale Law Journal
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Einführung

A. Die Zweiteilung der (juristischen) Welt

„Im Grunde genommen teilen wir alle die Welt nur in wahr und falsch, gut und schlecht, schwarz und weiß ein.“¹

Der Mensch neigt dazu, komplexe Materien durch Zweiteilung zu vereinfachen. Wir scheinen nur allzu gerne in einfachen Gegensätzen, wie etwa schwarz und weiß, männlich und weiblich, Krieg und Frieden, Gut und Böse, zu denken. Was das eine ist, kann am besten *per definitionem* nicht das andere sein – *tertium non datur*.

Auch in der Rechtswissenschaft findet sich diese Sehnsucht nach einer klaren Zweiteilung bis heute wieder: Recht und Unrecht, Schuld und Unschuld, Tun und Unterlassen, öffentlich und privat, juristische und natürliche Person, Staat und Individuum. Eine Zweiteilung der (rechtlichen) Welt ist bequem und erleichtert das Verständnis und die Lösung komplexer Sachverhalte. Um diese binären Strukturen aufrecht zu erhalten, bedarf es aber denknotwendig einer Unterscheidung: Es muss eine im Idealfall klare Trennlinie zwischen den beiden Polen gefunden werden.

Binäre Unterscheidungen haben zwar den Charme der Klarheit und Eingängigkeit. Aber sie dürfen auch nicht über Gebühr vereinfachen. So sieht sich etwa die Unterscheidung von Privatem und Öffentlichem Recht seit langem Gegenteilenden und Kritik ausgesetzt.²

Aus dem bürgerlichen Kampf gegen die vorkonstitutionelle staatliche Allmacht heraus bauen auch das Verfassungsrecht und insbesondere die Grundrechte auf einer Dichotomie – der von Mensch und Staat – auf. Die Bürgerinnen und Bürger absolutistischer Staaten erkämpften diese Menschenrechte *gegen den Staat* in den Revolutionen des 18. Jahrhunderts. Sie „erwachsen aus dem Widerstand gegen den Absolutismus. Auf die rechtliche Definition der Souveränität des Monarchen antwortet die rechtliche Definition der Freiheit der Menschen und Bürger.“³ Der Mensch ist in diesem Denkmuster grundrechtsberechtigt und durch die Verfassung geschützt, der

¹ Watzlawick, Vom Unsinn des Sinns oder vom Sinn des Unsinn, S. 27.

² S. nur Bullinger, Öffentliches Recht und Privatrecht, S. 112 ff. aus dem Jahr 1968.

³ Isensee, § 190, in: Hb. d. StaatsR – Bd. IX, Rn. 14.

Staat ist grundrechtsverpflichtet und muss die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger achten. Auch Grundrechtsverpflichtung und -berechtigung stellen in diesem klassischen System zwei sich grundsätzlich gegenseitig ausschließende Pole dar.

Doch *tertium datur* – es gibt ein Drittes: Juristische Personen lassen sich nur schwer in das System der Grundrechte einordnen. Sie sind weder Mensch noch Staat. In ihnen schließen sich Menschen, aber auch andere juristische Personen, Finanzmassen oder sogar der Staat selbst zu einer neuen, eigenständigen Rechtsperson zusammen. Diese Rechtsperson hat jedoch keinen Körper, sie ist nicht greifbar. Juristische Personen verfügen teilweise über erhebliche finanzielle und soziale Macht, sie haben die vielfältigsten Tätigkeiten und Ziele. Ihre Organisationsstruktur – wer hinter ihnen steht und ob dies überhaupt noch natürliche Personen sind – ist oftmals schwer zu überblicken. Damit stören juristische Personen, seitdem sie existieren, das System des binär aufgebauten Verfassungsrechts.

Das Vorhaben dieser Promotion ist es herauszuarbeiten, welche Antworten die Gerichte und Rechtswissenschaft auf die Fragen der Grundrechtsberechtigung von juristischen Personen gefunden haben, und anhand dessen zu hinterfragen, ob die traditionellen binären Muster des Verfassungsrechts wirklich so zwingend sind. Dabei werden die jeweiligen Lösungen des Problems in den Rechtssystemen Deutschlands und der USA anhand der Methode des Rechtsvergleichs auf den Prüfstand gestellt.

B. Problemstellung

I. Die Grundrechte juristischer Personen

Grund- oder eben *Menschenrechte* sind ihrer Idee nach grundlegende Rechte des Individuums gegen den Staat,⁴ die *dem Menschen* aufgrund seiner Existenz zukommen.⁵ Zwar weist die Geschichte der Menschenrechte keine geradlinige Entwicklung auf und deren älteste Wurzeln unterscheiden sich auch vom heutigen Verständnis der Grundrechte.⁶ Dennoch waren und sind die großen Menschenrechtserklärungen diesem anthropozentrischen Grundrechtsverständnis verpflichtet.⁷

Insbesondere die aus der Französischen Revolution heraus entstandene Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (*Déclaration des Droits de*

⁴ Dreier/Dreier, Vorb., Rn. 1.

⁵ Grundrechte als positiviertes Naturrecht, sog. „Vorstaatlichkeit“ der Grundrechte, ebd., Rn. 69 f.

⁶ Zum Ganzen *Stern*, § 184, in: Hb. d. StaatsR – Bd. IX, Rn. 9 ff.

⁷ Vgl. Dreier/Dreier, Art. 19 Abs. 3 GG, Rn. 9.

l'Homme et du Citoyen) aus dem Jahr 1789 sah in Korporationen und Assoziationen, den Vorläufern der heutigen juristischen Personen, eher eine Bedrohung der menschlichen Freiheit und der revolutionären Ziele denn Schutzberechtigte.⁸ Daher waren weder Vereinigungs- noch Versammlungsfreiheit Teil des französischen Menschenrechtskatalogs⁹ und bürgerliche Vereinigungen wurden zwei Jahre später sogar per Verfassungsgesetz verboten.¹⁰

Demgegenüber ist die *Freedom of Assembly* schon seit 1789 Teil des Grundrechtskatalogs der US-amerikanischen Verfassung. Diese sogenannte *Bill of Rights* wurde in Form der ersten zehn Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung hinzugefügt¹¹ und stellt, zusammen mit ihren bundesstaatlichen Vorgängererklärungen, neben der französischen Menschenrechtserklärung die zweite Säule des modernen Grundrechtsdenkens dar.¹² Eine kodifizierte Schutzerweiterung der Grundrechte auf Korporationen findet sich darin aber bis heute nicht.¹³

Auch Art. 1 des deutschen Grundgesetzes (GG) setzt die in Art. 1 bis 19 GG verbürgten Grundrechte in eine enge Beziehung zur Würde jedes einzelnen Menschen.¹⁴ Das Menschsein und die jedem Menschen innewohnende Würde bleibt im Grundgesetz Ausgangspunkt aller verfassungsrechtlich verbürgten Grundrechte.¹⁵

Dennoch trifft das deutsche Grundgesetz in Art. 19 Abs. 3 die Regelung, dass auch juristische Personen Träger von Grundrechten sein können, „*so weit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.*“ Die genaue Bedeutung und der Umfang dieser Regelung beschäftigen die Rechtsprechung und die deutsche Rechtswissenschaft seit jeher.

II. Die US-amerikanische Perspektive

Auch ohne eine vergleichbare Norm in der US-amerikanischen Verfassung hat sich dort unter dem Begriff der *corporate constitutional rights*¹⁶ eine Diskussion über die verfassungsrechtlichen Rechte von Korporationen entwickelt. Besonders die 2010 und 2014 ergangenen Urteile *Citizens United*¹⁷ und

⁸ Ebd., Rn. 7 m. w. N.

⁹ Kingreen, JöR 65 (2017), 1 (2).

¹⁰ Sog. *loi le chapelier* (14./17. Juni 1791), s. Dreier/Dreier, Art. 19 Abs. 3 GG, Rn. 8.

¹¹ Stern, § 184, in: Hb. d. StaatsR – Bd. IX, Rn. 18.

¹² Ebd., Rn. 18 ff., 26.

¹³ Dreier/Dreier, Art. 19 Abs. 3 GG, Rn. 8.

¹⁴ Vgl. Art. 1 GG; Rüfner, § 196, in: Hb. d. StaatsR – Bd. IX, Rn. 1.

¹⁵ Stern, § 184, in: Hb. d. StaatsR – Bd. IX, Rn. 5 f.

¹⁶ O.A., 91 Yale L. J. 1641 (1982); Blair/Pollman, 56 Wm. & Mary L. Rev. 1673 (2015); Azad, 64 UCLA L. Rev. 452 (2017); Bakken, 12 Cardozo Pub. L. Pol’y & Ethics J. 119 (2013); Greenwood, 163 U. Ill. L. Rev. 163 (2017).

¹⁷ *Citizens United v. Federal Election Commission*, 558 U.S. 310 (2010).

*Hobby Lobby*¹⁸ erregten Aufsehen,¹⁹ da in ihnen auf besonders weitreichende Weise die rechtliche Trennung zwischen der Korporation und den hinter ihr stehenden Personen verschwamm. Aufgrund dessen führt die US-amerikanische Rechtswissenschaft, aber auch die anderen Gesellschaftswissenschaften, auch abseits dieser medienwirksamen Entscheidungen eine rege Debatte darüber, welche Rechte Korporationen zukommen sollen und wo deren Grenzen gezogen werden müssen.

Darüber hinaus steht die amerikanische Diskussion über eine strengere Regulierung von *corporations* auch im Kontext der fortschreitenden gesellschaftlichen und politischen Polarisierung der USA, dem sogenannten *America's culture war*.²⁰ So finden sich im liberalen beziehungsweise progressiven politischen Lager häufig Kritiker der korporativen wirtschaftlichen und politischen Machtfülle, daraus resultierender Ungleichheit im Land und Rufe nach einer stärkeren Regulierung und einer Einschränkung korporativer Rechte aus der Verfassung. In konservativen Kreisen wurden korporationsfreundliche Urteile des US Supreme Court wie *Citizens United v. FEC* oder *Burwell v. Hobby Lobby* hingegen positiver aufgenommen.²¹

Der Verfassungsvergleich mit den USA bietet sich wegen der langen Rechtsprechungstradition des US Supreme Court an. Schon 1809 und damit 140 Jahre vor Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes fällte der Gerichtshof in *Bank of the United States v. Devereux* ein erstes Urteil darüber, ob eine Verfassungsnorm auch auf Korporationen anwendbar ist. In den USA lassen sich somit Entscheidungen zu den *corporate constitutional rights* über einen Zeitraum von über 210 Jahren finden, die parallel zur geschichtlichen Entwicklung der korporativen Form selbst ergangen sind.

¹⁸ *Burwell v. Hobby Lobby Stores Inc. et al.*, 573 U.S. 682 (2014).

¹⁹ Auch über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus, s. z. B. zu *Citizens United*: *Süddeutsche.de*, US-Firmen dürfen in Wahlkämpfe eingreifen, 17.05.2010, <https://www.sueddeutsche.de/politik/usa-supreme-court-us-firmen-duerfen-in-wahlkaempfe-eingreifen-1.53015> (geprüft am 20.09.2022); *ZEIT ONLINE*, Noch mehr Macht dem Geld, 03.04.2014, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/us-gericht-wahlkampfspenden> (geprüft am 20.09.2022); zu *Hobby Lobby*: *SPIEGEL ONLINE*, Urteil zu „Obamacare“: Religiöse Unternehmer müssen Verhütung nicht sponsern, 30.06.2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-urteil-zu-obamacare-religioese-ausnahmen-bei-verhuetungsmitteln-a-978414.html> (geprüft am 20.09.2022); *ZEIT ONLINE*, *Reuters*, *AFP*, *dpa*, *rav*, Religiöse US-Unternehmer erringen Sieg gegen Obamacare, 30.06.2014, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/supreme-court-obamacare-verhuetungsmittel> (geprüft am 20.09.2022).

²⁰ *Kanzin*, America's Never-Ending Culture War, *The New York Times*, 24.08.2018, <https://www.nytimes.com/2018/08/24/opinion/sunday/chicago-protests-1968-culture-war.html> (geprüft am 20.09.2022).

²¹ S. etwa *Winkler*, *We the corporations*, S. 370 ff., 377 ff. für die politischen Reaktionen auf *Citizens United v. FEC*, inklusive der berüchtigten Aussage „Corporations are people, my friend.“ des damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney.

III. Ziel und Gang der Untersuchung

Die Untersuchung verfolgt das Ziel, aus der Judikatur des US Supreme Court und den Diskursen der US-amerikanischen Rechtswissenschaft neue Impulse für die Diskussion um Art. 19 Abs. 3 GG in der deutschen Rechtswissenschaft zu ziehen. An diesem Forschungsansatz orientieren sich Gang und Methodik der Untersuchung:

Zunächst muss geklärt werden, welche Methodik der Rechtsvergleichung in diesem thematischen Kontext anzuwenden ist, was ihr Gegenstand ist und welche Ziele sie verfolgen und realistischerweise erreichen kann. Des Weiteren muss eine übergreifende Terminologie gefunden werden (Kapitel 1).

Hiernach wird der Diskussionsstand in der deutschen Rechtswissenschaft kurz dargestellt und die Problemfelder identifiziert, auf die der spätere Rechtsvergleich Bezug nimmt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Rechtsprechung des BVerfG und deren Rezeption in der Wissenschaft (Kapitel 2).

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet dann die Darstellung der US-amerikanischen Rechtslage: Zunächst erarbeitet Kapitel 3 den historischen, gesellschaftlichen und theoretischen Kontext der Entwicklung der *corporations* und ihrer Verfassungsrechte.

In den Kapiteln 4 und 5 folgt dann eine Analyse der Rechtsprechung des US Supreme Court und deren Wandel in der über 200-jährigen Geschichte des Gerichts, da das *case law* die zentrale Rechts(-erkenntnis-)quelle²² im *common law* des anglo-amerikanischen Rechtskreises ist.²³ Besondere Beachtung finden dabei auch die zahlreichen Sondervoten zu den ergangenen Urteilen, denen im *common law* eine herausragende Rolle in der rechtlichen Diskussion zukommt.²⁴

Von der allgemeinen Rechtsprechung des US Supreme Court zu den Grundrechten privater juristischer Personen (Kapitel 4) getrennt erfolgt die Aufarbeitung von dessen Rechtsprechung zu staatlichen *corporations* (Kapitel 5). Grundsätzlich sind die Urteile des US Supreme Court in chronologischer Reihenfolge dargestellt, bei späteren parallelen Entwicklungen ist teilweise nach Rechten geordnet.

An die Systematisierung der Rechtsprechung schließt sich ein Kapitel an, das die Reaktionen der Wissenschaft auf die Rechtsprechung des US Supreme Court aufarbeitet (Kapitel 6).

Am Ende der Arbeit steht der rechtsvergleichende Teil, der die Ergebnisse der vorherigen Kapitel gegenüberstellt (Kapitel 7). Dieser arbeitet Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Diskussionen in den beiden Rechtsord-

²² Zur historischen Diskussion in England *Kischel*, Rechtsvergleichung, § 5, Rn. 42.

²³ Ebd., § 5, Rn. 40 ff.

²⁴ Ebd., § 5, Rn. 37.

nungen heraus und systematisiert²⁵ die erlangten Erkenntnisse. Ziel dieses Kapitels ist dabei auch, mögliche Anregungen für die Diskussion im deutschen Recht zu identifizieren und zu bewerten.

Die Schlussbetrachtung greift den Gedanken der Fremdheit von Korporationen im Verfassungssystem nochmals auf und nimmt neue Fremde im Verfassungsrecht in den Blick.

²⁵ *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung, S. 43 ff.; zum Problem der Systematisierung im vom Rechtsrealismus geprägten US-amerikanischen *common law* vgl. *Kischel*, Rechtsvergleichung, § 5, Rn. 254 ff.

Kapitel 1

Grundlegung

Vor dem Einstieg in den Rechtsvergleich sind seine Methodik, sein Gegenstand und seine Ziele zu klären. Da sich die Terminologie in den beiden Rechtssystemen schon aufgrund der verschiedenen Sprachen unterscheidet, wird zudem nach der methodischen Grundlegung eine Begriffsklärung vorgenommen, um Verwechslungen und Ungenauigkeiten vorzubeugen.

A. Die Risiken der Rechtsvergleichung und die korrespondierende Methodik

Rechtsvergleichung birgt immer das Risiko, fremdes Recht ungenau oder durch die Brille der heimischen Rechtsordnung wahrzunehmen. Als Reaktion auf diese Herausforderungen des Rechtsvergleichs haben sich unterschiedliche Methoden entwickelt. Aus diesen greift diese Arbeit die funktionale und die kontextuelle Rechtsvergleichung auf, da beide Methoden sich konkret auf diese Risiken des Rechtsvergleichs beziehen.

I. Funktionale Rechtsvergleichung

Die konkrete rechtliche Problematik aus dem heimischen Rechtssystem lässt sich zunächst naturgemäß nicht ohne Weiteres auf das fremde Rechtssystem übertragen. Begriffe und Lösungswege unterscheiden sich, ebenso wie das Rechtsverständnis.¹ Dieses Problem hat die sogenannte *funktionale* Rechtsvergleichung zu lösen versucht; sie ist insbesondere mit dem Standardwerk der Rechtsvergleichung von *Zweigert* und *Kötz*² verbunden.

Nach der funktionalen Rechtsvergleichung sind am Anfang des Rechtsvergleichs das Recht beziehungsweise die Normen zu ermitteln, die verglichen werden sollen. Dies erfolgt anhand der Überlegung, welches Recht in den zu vergleichenden Rechtssystemen dieselbe Funktion oder Aufgabe erfüllt. Grundgedanke dieses Vorgehens ist, dass jede Gesellschaft auf im We-

¹ Beispiele bei *Kischel*, Rechtsvergleichung, § 1, Rn. 14 f.

² *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, hier zitiert als Rechtsvergleichung.

sentlichen gleiche Probleme trifft, Rechtssysteme diese aber auf sehr unterschiedliche Weise lösen.³ Es gilt also, sich von den Systembegriffen der eigenen Rechtsordnung freizumachen und anhand der Funktion der heimischen Norm mit offenen Augen an das fremde Recht heranzugehen.⁴ Mithilfe dieses Ansatzes können auch Rechtssysteme mit grundlegenden Unterschieden in einen Rechtsvergleich einbezogen werden. So kann zum Beispiel auch ein Vergleich gezogen werden zwischen einem dem *common law* zugehörigen Rechtssystem, das sein Recht insbesondere aus richterlichen Entscheidungen (*case law*) zieht,⁵ und einem *civil law* System kontinentaleuropäischer Prägung, dessen Recht weit überwiegend in Kodifikationen zu finden ist.⁶

II. Kontextuelle Rechtsvergleichung

Der Rechtsvergleich ist weiterhin maßgeblich von der Person abhängig, die den Vergleich vornimmt. Deren Anfangskenntnisse stammen in den meisten Fällen aus einer juristischen Ausbildung in einem spezifischen Rechtssystem, das sie mit einem ihr weniger geläufigen Rechtssystem vergleichen möchte.⁷ Dadurch besteht das Risiko, das fremde Rechtssystem durch die heimische Brille zu sehen und so falsche Schlüsse über dessen Recht zu ziehen oder dieses nur selektiv wahrzunehmen.⁸

Um solchen Gefahren entgegenzuwirken, erweitert *Kischel* das Konzept der funktionalen Rechtsvergleichung durch den Vorschlag einer *kontextuellen* Rechtsvergleichung. Bei dieser sollen möglichst umfassend⁹ auch alle relevanten rechtlichen und nichtrechtlichen Faktoren und Erkenntnisse in den konkreten Vergleich mit einbezogen werden. Wer Rechtsvergleichung be-

³ *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung, S. 33; kritisch zu dieser Vereinfachung, die die Wechselwirkungen von Recht und sozialen Problemen zu wenig beachtet, *Graser*, RW 9 (2018), 136 (147 f.); zur Kritik in ihrer Konzentration auf Ähnlichkeiten der Rechtsordnungen: *Dannemann*, *Comparative Law: Study of Similarities or Differences?*, in: *Reimann/Zimmermann* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Law*, S. 390 (396 ff.), *Kischel*, Rechtsvergleichung, § 3, Rn. 15 f., diese hat auch zur Entwicklung der kontextuellen Rechtsvergleichung geführt.

⁴ *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung, S. 33 ff.

⁵ *Kischel*, Rechtsvergleichung, § 5, Rn. 3 ff.; 40 ff.

⁶ *Ebd.*, § 6, Rn. 1 ff., insb. Rn. 4.

⁷ *Ebd.*, § 1, Rn. 4 f.; „Rechtsvergleichung ist, wenn ein Mensch mit Kenntnissen in einer Rechtsordnung sich mit einer weiteren befasst“, *Graser*, RW 9 (2018), 136 (139).

⁸ *Zweigert/Kötz*, Rechtsvergleichung, S. 33; hierzu in Bezug auf die Arbeit mit europarechtlichen Gerichtsentscheidungen: *Michl*, *Zwischen Auswahl und selektiver Wahrnehmung – Zur selektiven Rezeption von Rechtsprechung durch die Rechtswissenschaft im europäischen Kontext*, in: *Mülder et al.* (Hrsg.), *Richterliche Abhängigkeit – Rechtsfindung im Öffentlichen Recht*, S. 379 ff.

⁹ Anschaulich zur begrenzten Realisierbarkeit, *Graser*, RW 9 (2018), 136 (143 ff.).

treibt, muss sich also vertieft in die Vergleichsrechtsordnung einarbeiten und so ein Gefühl für deren Zusammenhänge entwickeln.¹⁰

III. Anwendung der Methoden in dieser Arbeit

Der Rechtsvergleich dieser Arbeit stellt zunächst einen Problemvergleich zur Einpassung juristischer Personen in das grundrechtliche System dar. Idealidee des Problemvergleichs ist es, durch die inhaltliche Gegenüberstellung zweier (oder mehrerer) Rechtssysteme beziehungsweise der Antworten, die diese auf bestimmte Fragestellungen gefunden haben, neue Erkenntnisse – zumeist hinsichtlich einer Rechtsfrage des heimischen Rechtssystems – zu ziehen.¹¹ Diese Arbeit orientiert sich dafür methodisch sowohl an der funktionalen als auch an der kontextuellen Rechtsvergleichung, da der Vergleich zweier so unterschiedlicher Rechtskonzeptionen wie der US-amerikanischen und der deutschen die besonderen Herausforderungen der Rechtsvergleichung in erhöhtem Maße mit sich bringt.

Die Rechtsordnungen der USA und Deutschlands heben sich allein aufgrund der Unterschiede zwischen dem *civil law*-System und dem *common law*-System deutlich voneinander ab. Offensichtlich wird dies zum Beispiel schon am unterschiedlichen rechtlichen Instrumentarium zwischen Fallrecht und kodifiziertem Recht. Durch ihre Orientierung an der problemlösenden Funktion des Rechts erlaubt es die funktionale Rechtsvergleichung aber, über diese Differenzen hinwegzublicken und vergleichbares Recht zu finden.

Im Rahmen einer kontextuellen Rechtsvergleichung fließen außerdem sowohl der rechtliche als auch der nicht-rechtliche Kontext in den Rechtsvergleich mit ein:

So ist zunächst ganz grundsätzlich das höhere Alter des Textes der US-Verfassung und mancher Entscheidungen des US Supreme Court zu bedenken. Die Lebenswirklichkeit einer Beteiligten an einem Rechtsstreit aus dem 18. Jahrhundert oder eines Richters, der diesen zu entscheiden hat, war eine völlig andere als im heutigen 21. Jahrhundert. Rechtsbegriffe und Vorverständnisse haben sich in mehr als 200 Jahren ganz grundlegend verändert und Entscheidungen müssen somit in ihrem zeitlichen Zusammenhang gesehen werden.

Auch die konservative Verfassungstradition der USA beeinflusst das amerikanische Verfassungsrecht. Dieses ist – auch historisch begründet – in be-

¹⁰ Kischel, Rechtsvergleichung, § 3, Rn. 201; wobei der Autor selbst (Rn. 199 f.) sein Vorgehen an den Rand einer (bloßen) Umbenennung stellt, um die vielfach kritisierte *funktionale Rechtsvergleichung* zu entlasten.

¹¹ Zum modernen Begriff der Rechtsvergleichung: ebd., § 1; vertiefend § 2; zu den Begriffen des Problem- und des Konzeptvergleichs vgl. auch Kingreen, AöR 141 (2016), 485 (492 f.).

sonderem Maße von der eigenen Überlegenheit und Außergewöhnlichkeit überzeugt. Aus diesem Grund befassten sich klassischerweise weder der US Supreme Court noch die US-amerikanische Rechtswissenschaft mit außer-amerikanischen Rechtsideen.¹² Obwohl sich in neuerer Zeit auch Urteile finden, in denen sich Teile des Gerichtshofs offen für Ideen aus anderen Rechtsordnungen zeigen, sind sowohl US Supreme Court als auch die Literatur noch heute gespalten, ob ausländische Rechtsquellen und Rechtsvergleichung einen Platz im US-amerikanischen Verfassungsrecht haben.¹³

Daran anknüpfend lassen sich in der kontextuellen Rechtsvergleichung die Auswirkungen unterschiedlicher Denkschulen in den Rechtsordnungen berücksichtigen. Die US-amerikanische Literatur prägt, anders als die deutsche, in hohem Maße eine spezifisch rechtsrealistische Perspektive. Unter deren Einfluss beschäftigt sich die US-amerikanische Rechtswissenschaft weniger mit dem konkreten Inhalt des Rechts und mehr mit seinen realen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Aus dieser rechtsrealistischen Haltung heraus hat sich in Teilen der US-amerikanischen Rechtswissenschaft zudem eine Systematisierungsfeindlichkeit entwickelt, die bei der Analyse solcher Texte bedacht werden muss.¹⁴

Diese Ausrichtung bedingt eine deutlich größere Ferne der US-amerikanischen Literatur zur Rechtsprechungspraxis als der deutschen.¹⁵ Gerade durch den Rechtsrealismus hat sich besonders in den USA eine Wissenschaft entwickelt, die deutliche und grundsätzliche Kritik zu üben bereit ist, aber kaum konstruktive, konkrete Vorschläge für die Praxis bietet. Auf diese Weise haben sich zwei getrennte Sphären gebildet, von denen zwar die eine über die andere – namentlich die Literatur über die Rechtsprechung – spricht, beide aber nicht miteinander.¹⁶ Zudem ist das *common law* traditionell verhalten, wissenschaftliche Aufsätze in Entscheidungen zu zitieren und die Rechtsprechung arbeitet so schon konzeptionell weitgehend unabhängig von der Literatur.¹⁷ Im Allgemeinen haben wissenschaftliche Beiträge deswegen in der US-amerikanischen Praxis gegenüber der Rechtsprechung nur eine nachrangige Bedeutung, weshalb diese Arbeit einen Schwerpunkt

¹² Rosenfeld, *Comparative Law: A Contested Domain – B. Comparative Constitutional Analysis in United States Adjudication and Scholarship*, in: Rosenfeld/Sajó (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law*, S. 38 (39 ff.), nach seiner Ansicht zeichnet sich aber zumindest im Schrifttum in jüngerer Zeit ein Trendwechsel ab.

¹³ Ebd., S. 38 (41 ff., 52) zur Debatte in den USA; Gegnerinnen der Einbeziehung (moderner) ausländischer Rechtsquellen sind häufig auch Verfechter des Originalismus als wichtigster Auslegungsmethode; zu diesem und seiner Bedeutung für das Thema dieser Arbeit, s. u. Kap. 3, B.

¹⁴ Kischel, *Rechtsvergleichung*, § 5, Rn. 255.

¹⁵ Ebd., § 5, Rn. 255.

¹⁶ Ebd., § 5, Rn. 39.

¹⁷ Ebd., § 5, Rn. 37 f.

Register

Die einzelnen Normen finden sich im Verzeichnis unter ihrem Namen, bei Normen der US-Verfassung in englischer Sprache. Zusätzlich finden sich Verweise bei den deutschen Entsprechungen. Hat eine Verfassungsbestimmung keinen Namen oder keine deutschsprachige Entsprechung finden sich die Fundstellen unter der Artikelnummer oder es wird dort auf den englischsprachigen Eintrag verwiesen.

Beispiel:

- Art. IV Abschn. 10 S. 1 US-Verf. findet sich unter Privileges and Immunities Clause.
- Die clauses des Ersten Zusatzartikels zu US-Verfassung findet sich etwa unter free exercise clause (1. ZA Verf.) und freedom of speech (1. ZA US-Verf.).
- Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG findet sich unter Rundfunkfreiheit.

Abolition of Slavery (13. ZA) 106–110

Abtreibung 185

Action, affirmative 234–235

Affordable Care Act (ACA) 184, 284

Aggregate Theory 76, 79f., 85, 98f. 101, 109, 114–116, 117, 123, 126, 151, 164, 178–180, 191–193, 194, 197–199, 205, 208–210, 231, 239–241, 244f., 253–255, 256, 266f., 271–275, 280, 282

– *siehe auch* Modelle, individualbezogen
– Begriff 76

– in Mehrheitsmeinung 79f., 85, 98f., 101, 114–116, 117, 126, 151, 164, 191–193, 194, 197–199, 205, 208–210, 231

– in Sondervotum 109, 164, 178–180

– Kritik 239–241, 244f., 256, 266f.

AI, *siehe* Intelligenz, künstliche

Aktiengesellschaft (AG) 15

Amtrak 221–223

Angestellte, *siehe* Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Anspruch auf rechtliches Gehör, *siehe* Verfahrensgrundrechte

Anstalten des Öffentlichen Rechts, *siehe* Person, juristische / des Öffentlichen Rechts

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 67, 74, 129, 184–193, 199, 245, 274, 280

– *siehe auch* Konflikte innerhalb der Korporation

– *siehe auch* Minderheiteninteressen

Art. 19 Abs. 3 GG 3, 5, 11f., 17f., 27–55, 201, 276–283, 285

– anwendbare Grundrechte 51–53

– Zweck 5, 12, 31–35

– Inländisch 48–51

Art. 49 AEUV, *siehe* Niederlassungsfreiheit

Art. I Abschn. 10 S. 1 US-Verf., *siehe*

Contract Clause

Art. I Abschn. 9 S. 3 US-Verf., *siehe* Bill of Attainder Clause

Art. III Abschn. 2 S. 1 US-Verf.

(Controversies between Citizens of Different States) 77–80, 91–95, 95–99, 109, 197

– *Bank of the U.S. v. Deveaux* 77–80

– *Louisville, Cincinnati & Charleston*

Railroad Co. v. Letson 91–95

– *Marshall v. Baltimore & Ohio Railroad Co.* 95–99

Art. IV Abschn. 2 S. 1 US-Verf. (Privileges and Immunities Clause), *siehe* Privileges and Immunities Clause)

AtG-Novelle 27–31, 34, 55, 285

Auslegung, *siehe* Originalismus

Ausnahmetrias 41f., 44, 47f., 288

Austausch der Ideen, freier 145, 147, 149, 151, 153, 156f., 166f., 173, 177, 199

Austin v. Michigan Chamber of Commerce 158–164, 167–172, 174–176, 178

Bank of Augusta v. Earle 86–91, 94, 102, 104, 133, 140, 197

- Bank of the United States v. Deveaux* 58, 77–80, 85–88, 91–93, 97f., 100, 117, 196f., 208f.
- Begriff der Corporation 20–22, 24
– *siehe auch bei den Theorien*
- Beherrschungskriterium [staatliche Beteiligung] 27–29, 43, 46–48, 280–282
– *siehe auch* Minderheiteninteressen
- Being, artificial 21, 74, 78, 84, 90, 94, 113, 139, 179, 189
- Beliehene 291
- Berufsfreiheit (Art. 13 Abs. 1, 2 GG) 51, 53, 275–278
- Beschlagnahme, *siehe* Prohibition of Unreasonable Searches and Seizures (4. ZA)
- Beteiligung, öffentliche oder staatliche, *siehe* Beherrschungskriterium
- Bibliotheken 235f.
- Bildungseinrichtungen 236
– *siehe auch* Universitäten
– *siehe auch* Bibliotheken
- Bill of Attainder Clause (Art. I Abschn. 9 S. 3 US-Verf.) 204
– *South Carolina v. Katzenbach* 203–205
- Bill of Rights 23, 121–123, 137–138, 196–199
– *siehe auch bei den einzelnen Rechten*
- Bindung an die Grundrechte, *siehe* Drittwirkung
- Blick hinter die Korporation, *siehe* Aggregate Theory
– *siehe auch* Durchgriffsthese
– *siehe auch* Modelle, individualbezogen
- Bots, *siehe* Intelligenz, künstliche
- Braunfeld v. Brown* 186, 190
- Buckley v. Valeo* 141–142, 158f., 162, 171
- Bundesstaaten 22f., 58–62–69, 69–71, 89–91, 103f., 201–205, 229–233, 237, 244, 247f., 262f., 286, 288
– *siehe auch* Art. III Abschn. 2 S. 1 US-Verf. (Controversies between Citizens of Different States)
– *siehe auch* Corporation, municipal
– Verfassungsrechtsfähigkeit 203–205, 229–233, 237, 262f.
- Bundesstaatsbürgerschaft 77–80, 91–99, 105f., 197
- Burwell v. Hobby Lobby* 4, 183–195, 197, 239, 243, 248, 251–252, 280, 284, 288
- Central Hudson Gas & Electric Corporation v. Public Service Commission of New York* 154–158
- Charter, special 58–62, 68, 69–71, 74f., 78–85, 90, 102, 126, 152, 163, 178, 179, 274
– *siehe auch* Concession Theory
– Geschichte 58–62, 68, 69–71, 74f.
– Kritik 60–62, 69–71
- Citizens United v. FEC* 3f., 168–180, 191, 194f., 239, 243, 251–252, 254
- City of Trenton v. New Jersey* 215–217, 232
- City of Worcester v. Worcester C. S. R. Co.* 212–213, 214
- Coleman v. Miller* 210
- Columbia Broadcasting System, Inc. v. Democratic National Comm.* 227f.
- Concession Theory 69f., 74f., 80, 84f. 90, 94, 102, 109, 123, 126f., 152f., 157, 163f., 178f., 180, 195, 196, 198, 205, 246, 256, 258–260, 262, 265, 274
– Begriff 69f., 74f.
– Geschichte 69f.
– in Mehrheitsmeinung 80, 84f., 90, 94f., 102, 126f., 163f.
– in Sondervotum 109, 152f., 157, 163f., 178f., 180
– Kritik 241, 246f.
- Conestoga, *siehe* *Burwell v. Hobby Lobby* (2014)
- Connecticut General Life Ins. Co. v. Johnson* 132–134, 137
- Contract Clause 81–85, 99–102, 207–217
– *City of Trenton v. New Jersey* 215–217
– *City of Worcester v. Worcester C. S. R. Co.* 212–213
– *Covington v. Kentucky* 211–212
– *Dodge v. Woolsey* 99–102
– *Hunter v. City of Pittsburgh* 213–215
– *Trustees of Dartmouth College v. Woodward* 81–85, 207–210
- Controversies between Citizens of Different States, *siehe* Art. III Abschn. 2 S. 1 US-Verf. (Controversies between Citizens of Different States)
- Corp. of Presiding Bishop of the Church of Jesus Christ of Latter-Day Saints v. Amos* 182
- Corporate social responsibility 67
- Corporate Theory 74–76, 241f.
– Begriff 74
– Kritik 241f.

- Corporation 20–22, 24
- Begriff 20–22, 24
 - closely-held corporation 21 f., 160–163, 183–196, 253, 284
 - eleemosynary corporation 82
 - Geschichte 57–74, 178 f., 198, 242 f., 272
 - municipal corporation 21, 201–219, 231–233, 237, 262–264, 288 f.
 - *siehe auch* Kommunen
 - nonprofit corporation 21, 59, 61, 67–69, 71, 158–164, 166, 168, 168–180, 181 f., 185 f., 188 f., 193 f., 253, 284, 288
 - öffentlicher Zweck 58–62, 67–69, 69–71, 74 f. 82–84, 126, 178 f., 206 f., 214
 - *siehe auch* Concession Theory
 - private corporation 21 f., 77–199, 208 f., 219–229
 - *siehe* Corporation, closely-held
 - public (i. S. v. öffentlich gehandelt) 21 f., 160–163, 187
 - public corporation (i. S. v. staatlich) 21, 83, 85, 122, 201–237, 262–264, 268 f., 286–291
 - quasi-public corporation 21
 - Sonderrechte 61, 70, 126, 159, 161–164, 179 f., 195
- Corporation, closely-held 21 f., 160–163, 183–196, 253, 284
- Corporation, eleemosynary 82
- Corporation, municipal 21, 201–219, 231–233, 237, 262–264, 288 f.
- *siehe auch* Corporation, public (i. S. v. staatlich)
 - *siehe auch* Kommunen
- Corporation, nonprofit 21, 59, 61, 67–69, 71, 158–164, 166, 168, 168–180, 181 f., 185 f., 188 f., 193 f., 253, 284, 288
- Corporation, private 21 f., 77–199, 208 f., 219–229
- *siehe auch* Corporation, closely-held
- Corporation, public (i. S. v. öffentlich gehandelt) *auch* publicly-held 21 f., 160–163, 187
- Corporation, public (i. S. v. staatlich) 21, 83, 85, 122, 201–237, 262–264, 268 f., 286–291
- Corporation, quasi-public 21
- Covington v. Kentucky* 211–212
- Daseinsvorsorge 43
- Delaware 21 f., 63 f., 67
- *siehe auch* Deregulierung
- Deregulierung 62 f., 65–67, 69–71, 105, 131 f., 145
- *siehe auch* Regulierung
- Diskriminierungsverbot, besonderes (Art. 3 Abs. 3 GG) 52 f.
- Dodd-Frank-Act 67
- Dodge v. Woolsey* 99–102
- Double Jeopardy Clause (5. ZA) 131
- Drittwirkung 19 f., 43 f., 201, 219–227, 258–260, 286, 290 f.
- Due Process Clause, federal (5. ZA) 114, 119–122, 128–130, 203–205, 221–223
- *Lebron v. National Railroad Passenger Corp.* 221–223
 - *New York Central & Hudson River Railroad Co. v. U.S.* 128–130
 - *Noble v. Union River Logging Railroad Co.* 120–121
 - *San Francisco Arts & Athletics, Inc. v. United States Olympic Committee* 221
 - *South Carolina v. Katzenbach* 203–205
- Due Process Clause, state (14. ZA) 106–110, 114, 118–122, 126, 128, 132–134, 136–141, 204, 213–219, 223 f., 232, 263, 269
- *siehe auch* Freedom of Speech (1. ZA US-Verf.)
 - Ausweitung
 - *City of Trenton v. New Jersey* 215–217
 - *Connecticut General Life Ins. Co. v. Johnson* 132–134
 - *Grosjean v. American Press Co.* 138–139
 - *Hague v. Committee for Industrial Organization* 139 f.
 - *Hunter v. City of Pittsburgh* 213–215
 - *Jackson v. Metropolitan Edison Co.* 223 f.
 - *Lochner v. New York* 131 f.
 - *Minneapolis & St. L. Ry. Co. v. Beckwith* 118–119
 - *Munn v. People of State of Illinois* 110
 - *Northwestern Nat'l Life Ins. Co. v. Riggs* 139
 - *Pennsylvania v. New Jersey* 204
 - *Slaughter-House Cases* 106–110
 - *Township of River Vale v. Town of Orangetown (Court of Appeals)* 232
- Durchgriffsthese 28–31, 31–35, 38 f., 49–55, 271–273, 276 f., 280–283

- Durchsuchung, *siehe* Prohibition of Unreasonable Searches and Seizures (4. ZA)
- Eigengesellschaften 37, 39, 42, 45–48, 55
- Eigentum 24, 44, 64, 81–84, 103–105, 110–115, 119f., 134f., 138f., 146, 196, 205–219, 230–232, 243, 269, 282, 288f.
- Eigentumsentziehung 206, 230–232
 - Gemeinde 39f., 205–219, 230–232, 288f.
 - *siehe auch* Takings Clause
- Eigentumsentziehung 206, 230–232
- Eisenbahngesellschaften 63–64, 91–99, 105, 110–116, 118f., 120–122, 198, 217
- Elkins Act 128–131
- EMRK 29
- England 57f., 72, 82
- Entanglement Exception 202, 225, 227, 290
- Enteignung, *siehe* Eigentumsentziehung
- Equal Protection Clause (14. ZA) 23, 106–119, 121f., 126, 135–137, 141, 143, 146, 159f., 201f., 204, 217, 234–235
- *siehe auch* Freedom of Speech (1. ZA)
 - *Fisher v. University of Texas* 235
 - *Grutter v. Bollinger* 234f.
 - *Minneapolis & St. L. Ry. Co. v. Beckwith* 118–119
 - *Pembina Consol. Silver Mining & Milling Co. v. Pennsylvania* 116–118
 - *Railroad Tax Cases (Circuit Court)* 112f.
 - *Regents of the University of California v. Bakke* 234
 - *Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad Co.* 110–116
 - *Santa Clara County v. Southern Pac. R. Co. (Circuit Court)* 113–115
 - *Wheeling Steel Corp. v. Glander* 135–137
 - *Williams v. Baltimore* 217
- Erbengemeinschaft 18
- FEC v. Massachusetts Citizens for Life Inc.* 170
- Federal Election Campaign Act, *siehe* Wahlkampffinanzierung
- Field, Stephen J. (Richter) 108f., 112–115, 117–119, 121, 139
- First National Bank v. Bellotti* 145–154, 157, 159, 162f., 167, 171, 243f.
- Fisher v. University of Texas* 235
- Flucht ins Privatrecht 39, 42, 46
- Frankreich 2f.
- Fraport AG 43, 281
- Free Exercise Clause (1. ZA) 181–195
- *siehe auch* Religionsfreiheit
 - *siehe auch* Religious Freedom Restoration Act (RFRA)
 - *Braunfeld v. Brown* 186, 190
 - *Burwell v. Hobby Lobby* 183–195
 - *Corp. of Presiding Bishop of the Church of Jesus Christ of Latter-Day Saints v. Amos* 182
 - *Gallagher v. Crown Kosher Market* 23, 183
 - *Hosanna-Tabor Evangelical Lutheran Church & Sch. v. EEOC* 182
 - *Serbian E. Orthodox Diocese v. Milivojevic* 182
 - von for-profit corporations 183–195
 - von nonprofit corporations 181f.
- Freedom of Speech (1. ZA) 137–181, 221f., 227f., 235f., 240, 242, 251f., 254, 263f., 269, 295
- *Austin v. Michigan Chamber of Commerce* 158–164
 - *Buckley v. Valeo* 141–142
 - *Central Hudson Gas & Electric Corporation v. Public Service Commission of New York* 154–158
 - *Citizens United v. FEC* 168–180
 - *Columbia Broadcasting System, Inc. v. Democratic National Comm.* 227f.
 - commercial speech 142–145, 148, 154–158, 251
 - corporate speech 149, 166, 170–176, 181
 - Entpersonalisierung 143f., 147, 151, 153, 157, 177f., 181, 199, 242, 269, 295
 - *FEC v. Massachusetts Citizens for Life Inc.* 170
 - *First National Bank v. Bellotti* 145–154
 - *Lebron v. National Railroad Passenger Corp.* 221–222
 - *McConnell v. FEC* 165–168
 - political speech 141f., 145–154, 158–181, 221f.
 - *United States v. Am. Library Ass'n* 235f.
 - *Virginia State Board of Pharmacy v. Virginia Citizens Consumer Council* 142–145
 - Wissenschaftsfreiheit, *siehe* Freedom, academic (1. ZA zur US-Verf.)

- Freedom of the Press (1. ZA) 138–140
 – *Grosjean v. American Press Co.* 138f.
 Freedom, academic (1. ZA) 233–236
 – *Fisher v. University of Texas* 235
 – *Grutter v. Bollinger* 234f.
 – *Regents of the University of California v. Bakke* 234
FTC v. American Tobacco Co. 131
- Gallagher v. Crown Kosher Market* 23, 183
 Gefährdungslage, grundrechtstypische
 32–36, 45f., 49, 273f., 278f., 282
 – *siehe auch* Modelle, situationsbezogen
 Gemeinde 39f., 205–219, 230–232, 288f.
 – *siehe auch* Kommunen
 Gemeinnützigkeit, *siehe* Corporation,
 nonprofit
 General incorporation laws 60–62, 68,
 69–71, 75, 84, 86–106, 178f., 186, 198,
 246
 Geschichte der corporation 57–74, 178f.,
 198, 242f., 272
 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) 18
 Gierke, Otto von 14f.
 Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) 41
 Gleichheitsrecht, *siehe* Equal Protection
 Clause
 Gleichheitsrecht, *siehe* Equal Protection
 Clause
 GmbH 15, 18, 27, 51, 53, 273–278, 282
Gomillion v. Lightfoot 217–219, 232f.
 Great Merger Movement 64f.
Grosjean v. American Press Co. 138–139
 Grundrecht, normgeprägt 281f.
 Grundrechte, anwendbar auf juristische
 Personen 51–53
 Grundrechtsberechtigung 18–20
 Grundrechtsbindung, *siehe*
 Grundrechtsverpflichtung
 Grundrechtsfähigkeit 18–20
 – *siehe auch* Grundrechtsberechtigung
 Grundrechtsträgerschaft, *siehe*
 Grundrechtsberechtigung
 Grundrechtsverpflichtung 18–20
 Gründungsväter, *siehe* Verfassungsväter
Grutter v. Bollinger 234f.
 Gütergemeinschaft 18
- Haftung, begrenzte 16, 24, 89, 105, 195,
 241, 245f., 256
*Hague v. Committee for Industrial
 Organization* 139f.
- Hale v. Henkel* 123–128, 130f., 198, 266f.
 Handelskammer 142–145, 158–164
 HEW-Beschluss 43
*Hosanna-Tabor Evangelical Lutheran
 Church & Sch. v. EEOC* 182
Hunter v. City of Pittsburgh 213–219,
 231–232
- Informationspflichten 176f.
 Infrastruktur 58–60, 63
 Inländisch 29, 48–51
 Innungen 42
 Institutional Tailoring Doctrine 251f.
 Intelligenz, künstliche 293–296
- Jackson v. Metropolitan Edison Co.* 223f.
 Jackson, Andrew (US-Präsident) 61, 86
 Justizgrundrechte, *siehe*
 Verfahrensgrundrechte
- Kammer, *siehe* Handelskammer
 KI, *siehe* Intelligenz, künstliche
 Kirchen, *siehe* Religionsgemeinschaften
 Kleingewerbe 58f., 64, 91, 198, 242, 245,
 253
 Kolonialzeit 57f., 72
 Kommanditgesellschaft (KG) 15, 18
 Kommunen 39f., 122, 201–219,
 229–233, 237, 262–264, 269, 288f.
 – *siehe auch* Corporation, municipal
 – Eigentumsrechte 39f., 208, 211–219,
 230–233, 262f., 288f.
- Konflikte innerhalb der Korporation
 150–153, 171, 175f., 192f., 195, 199,
 234, 244f., 255, 260f., 278–282, 289
 – *siehe auch* Minderheiteninteressen
 Konfusionsargument 27f., 38f., 43–45,
 47, 55, 289
 Konsolidierung, *siehe* Great Merger
 Movement
 Kontrolltheorie, *siehe* inländisch
 Körperschaften des Öffentlichen
 Rechts, *siehe* Person, juristische / des
 Öffentlichen Rechts
 Korruption 60–62, 70, 141, 148, 158f.,
 166f., 171, 174f.
 Kritik am BVerfG 30–32, 44–47, 278f.
 Kritik am US Supreme Court 100f.,
 108f., 125, 132–134, 136f., 144f., 149f.,
 153f., 156f., 161f., 164, 166f., 172–175,
 189f., 194f., 239–247, 265–267, 278f.
 – *siehe auch* Aggregate Theory / Kritik

- *siehe auch* Concession Theory / Kritik
- *siehe auch* Real Entity Theory / Kritik
- Krone, *siehe* England
- Krümmel 27–31

- Law, Civil 8f., 24, 283–285
- Law, Common 5, 8–10, 20, 24, 242f., 284f.
- Law, corporate 22f., 58–67
- Lebron v. National Railroad Passenger Corp.* 221–223, 226, 290
- Liability, corporate criminal 122–131, 198
- Liberalisierung, *siehe* Deregulierung
- Lochner v. New York* 131f., 137, 140, 144f., 156, 240
- Louisville, Cincinnati & Charleston Railroad Co. v. Letson* 91–95, 97f., 100, 123, 126, 130, 197

- Mardel, *siehe* *Burwell v. Hobby Lobby* (2014)
- Marktplatz der Ideen, *siehe* Austausch der Ideen, freier
- Marshall v. Baltimore & Ohio Railroad Co.* 95–99, 100f.
- Marshall, John (Richter) 21, 80, 83–86, 88, 93f., 117, 152, 178, 193, 207
- McConnell v. FEC* 165–168, 169f.
- Mehrheitsentscheidung, *siehe* Beherrschungskriterium
- Mehrheitsentscheidung, *siehe* einfaches Recht
- Mehrheitsentscheidung, *siehe* Minderheiteninteressen
- Meinungsfreiheit 295
- *siehe auch* Freedom of Speech (1. ZA US-Verf.)
- Methodik der Rechtsvergleichung 7–9
- Mikro- und Makrovergleich 13
- Minderheiteninteressen 150–153, 171, 175f., 199, 234, 244f., 255, 278–282, 289
- *siehe auch* Beherrschungskriterium
- Minneapolis & St. L. Ry. Co. v. Beckwith* 118–119, 121, 136
- Model Business Corporation Act 23, 71
- Modelle, alternative 247–262, 267–269
- Modelle, individualbezogen 31–32, 242f., 274, 280–282
- *siehe auch* Aggregate Theory
- *siehe auch* Durchgriffsthese
- Modelle, situationsbezogen 32f., 249–250, 273, 278–280
- *siehe auch* Gefährdungslage, grundrechtstypische

- Modelle, wirtschaftswissenschaftlich 261f.
- Monopol 60f., 65, 70, 107f., 156f., 180, 224, 259f.
- Munn v. People of State of Illinois* 110

- Nemo tenetur (5. ZA) 124f.
- *Hale v. Henkel* 123–128
- Nevada 67
- New Deal 66, 137
- New Jersey 63f., 91
- New York Central & Hudson River Railroad Co. v. U.S.* 128–130
- Nexus, sufficiently close 224
- *siehe auch* Public Function Exception
- Niederlassungsfreiheit 29f.
- Noble v. Union River Logging Railroad Co.* 120–121
- Northwestern Nat'l Life Ins. Co. v. Riggs* 139

- Obamacare, *siehe* Affordable Care Act (ACA)
- Offene Handelsgesellschaft (oHG) 15, 18
- Öffentlicher Zweck der corporation 58–62, 67–69, 69–71, 74f., 82–84, 126, 178f., 206f., 214
- *siehe auch* Concession Theory
- Originalismus 72, 173f., 176
- Orthopädieinnungen, *siehe* Innungen

- PAC 161f., 167, 169f., 173
- *siehe auch* Wahlkampffinanzierung
- Parteien, politische 18
- Partnership 58, 64, 88f., 114, 180, 257
- Paul v. Virginia* 102–106, 109, 117
- Pembina Consol. Silver Mining & Milling Co. v. Pennsylvania* 116–118, 119, 121, 133
- Pennsylvania v. New Jersey* 204
- Person 14–18, 20–22
- juristische Person 15–18
- natürliche Person 1–3, 12–14., 20, 31f., 36, 51–54, 137, 140, 189f., 272f., 276–278
- Person, artificial, *siehe* Being, artificial
- Person, juristische 15–18
- des Öffentlichen Rechts 33, 36–48, 55, 288
- Person, natürliche 1–3, 12–14., 20, 31f., 36, 51–54, 137, 140, 189f., 272f., 276–278
- Personenmehrheiten, bloße 18

- Personhood, corporate 89f., 94, 97
 – *siehe auch* Real Entity Theory
 – *siehe auch* Trennung von natürlicher und juristischer Person
- Pille danach, *siehe* Verhütung
- Politik 1–4, 60–62, 67, 69, 145–153, 165–181
- Pressefreiheit, *siehe* Freedom of the Press (1. ZA US-Verf.)
- Privileges and Immunities Clause 86–91, 102–106, 109, 116–118, 191, 203–205
 – *Bank of Augusta v. Earle* 86–91
 – *Paul v. Virginia* 102–106
 – *Pembina Consol. Silver Mining & Milling Co. v. Pennsylvania* 116–118
 – *Pennsylvania v. New Jersey* 116–118
- Privileges or Immunities Clause (14. ZA) 106–110, 139f.
 – *Hague v. Committee for Industrial Organization* 139f.
 – *Mum v. People of State of Illinois* 110
 – *Slaughter-House Cases* 106–110, 139
- Prohibition of Unreasonable Searches and Seizures (4. ZA) 124–128, 131
 – *FTC v. American Tobacco Co.* 131
 – *Hale v. Henkel* 123–128
 – *U. S. v. Morton Salt Co.* 131
- Property, *siehe* Eigentum
- Public Function Exception 220, 223–227, 290f.
- Railroad Tax Cases (Circuit Court)* 112f., 117, 119
- Real Entity Theory 75, 89–91, 94f., 98f., 101f., 104f., 123, 126f., 193, 195, 197f., 246, 256, 262, 266f., 275, 279, 282
 – Begriff 75
 – in Mehrheitsmeinung 89–91, 94f., 98f., 101f., 104f., 126f.
 – in Sondervotum 101f., 193, 195
 – Kritik 246, 266
- Recht auf den gesetzlichen Richter, *siehe* Verfahrensgrundrechte
- Recht auf rechtliches Gehör, *siehe* Verfahrensgrundrechte
- Rechts, einfaches 15–18, 24, 183f., 191, 244, 247f., 260, 272, 280–282
 – *siehe auch* Minderheiteninteressen
 – *siehe auch* Law, corporate
- Rechte, subjektive 23f., 177f., 181, 235, 287
 – *siehe auch* Verfassungsrechte
- Rechtsprechungspraxis, Ferne zur 10f.
- Rechtsrealismus 6, 10
- Rechtssystem 7–11, 13, 20
- Rechtssystem, amerikanisches 20–24
- Rechtsvergleichung 5f., 7–13, 24f., 271–291
 – funktionale Rechtsvergleichung 7–9, 11
 – kontextuelle Rechtsvergleichung 8–11, 58–76
 – Methodik 7–9
 – Mikro- und Makrovergleich 13
 – US-amerikanische Rechtswissenschaft 9f.
- Rechtsvergleichung, funktionale 7–9, 11
- Rechtsvergleichung, kontextuelle 8–11, 58–76
- Rechtswissenschaft, US-amerikanische 10f., 20, 67, 69–71, 231–233, 236, 239–269, 283
- Regents of the University of California v. Bakke* 234
- Regulatory race to the bottom, *siehe* Deregulierung
- Regulierung 4, 74f., 110, 119–122, 123, 131f., 135, 137, 140–145, 153, 156f., 160, 162–164, 179, 195, 199, 208, 240, 244, 246–248, 264f.
- Rehnquist, William H. (Richter) 144f., 148, 150f., 152, 156f., 158, 163f.
- Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1, 2 GG) 41, 272, 274–278, 282, 284, 288
 – *siehe auch* Free Exercise Clause (1. ZA US-Verf.)
- Religionsgemeinschaften 41f., 44, 181f., 288
- Religious Freedom Restoration Act (RFRA) 183–195
 – *siehe auch* Free Exercise Clause
- Right to Vote (15. ZA) 217f., 255
 – *Gomillion v. Lightfoot* 217f.
- Rights, constitutional *siehe* Verfassungsrechte
- Rundfunkanstalten 41f., 288
- Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG) 41f.
 – *siehe auch* Freedom of Speech
 – *siehe auch* Freedom of the Press
- San Francisco Arts & Athletics, Inc. v. United States Olympic Committee* 221, 223, 226
- Santa Clara County v. Southern Pac. R. Co. (Circuit Court)* 113–115

- Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad Co.* 110–117, 119, 121, 127, 132, 134–137, 196, 267
- Sarbanes-Oxley-Act 67
- Savigny, Friedrich Karl von 14f.
- Scalia, Antonin (Richter) 72, 161–164, 166, 171f., 176, 178–180
- Schächten 53, 273–283
- Schuldfähigkeit von *corporations*, *siehe* Liability, corporate criminal
- Schutzbereich 12, 17–19, 32–34, 41, 177, 278
- Serbian E. Orthodox Diocese v. Milivojevich* 182
- Sitztheorie, modifizierte 50f.
– *siehe auch* inländisch
- Sklavereiverbot (13. ZA), *siehe* Abolition of Slavery (13. ZA)
- Slaughter-House Cases* 106–110, 112, 134, 136, 139
- Sonderrechte, korporative 61, 70, 126, 159, 161–164, 179f., 195
- South Carolina v. Katzenbach* 203–205
- Sozialversicherungsträger 40
- Special charter, *siehe* Charter, special
- Speech, commercial 137, 142–145, 148, 151; 154–158, 181, 251
- Speech, corporate 149, 166, 170–176, 181
- Speech, corporate political, *siehe* Wahlkampffinanzierung
- Speech, political 141f., 145–154, 158–181
– *siehe auch* Wahlkampffinanzierung
- Staatsbürgerschaft (citizenship) 77–80, 91–99, 105f., 197
- Staatsnähe, *siehe* Untereinheiten des Staates
- Stadionverbot 19
- State Action 24, 201–203, 219–227, 228f., 237, 258, 264, 268, 290
– Begriff 24, 201–203
– Entanglement Exception 202, 225, 227, 290
– Public Function Exception 220, 223–227, 290f.
- Stiftung 18, 32–34, 36, 39
- Stiftungen des Öffentlichen Rechts, *siehe* Person, juristische, des Öffentlichen Rechts
- Strafbarkeit, korporative, *siehe* Liability, corporate criminal
- Strafrecht, *siehe* Liability, corporate criminal
- Substrat, personales *siehe* Durchgriffsthese
- Takings Clause (5. ZA) 230f., 288f.
– *United States v. 50 Acres of Land* 230f.
- Terminologie 13–25, 73, 82, 84, 261
– deutsche 14–20
– US-amerikanische 20–24, 73, 82, 84, 261
- Township of River Vale v. Town of Orangetown (Court of Appeals)* 232
- Trennung von Grundrechtsberechtigung und -verpflichtung, *siehe* Konfusionsargument
- Trennung von natürlicher und juristischer Person 12, 15, 17, 34–36, 48–53, 54, 75, 271–283, 295f.
– *siehe auch* Veil, corporate
- Trennung von öffentlich und privat 37–48, 55, 201–229, 262–269, 287–291
– *siehe auch* Trennung von Staat und Individuum
- Trennung von Staat und Individuum 1f., 37–48, 55, 287
– *siehe auch* Konfusionsargument
– *siehe auch* Trennung von öffentlich und privat
- Trustees of Dartmouth College v. Woodward* 21, 81–85, 88, 90, 97, 99f., 102, 152, 205, 207–210
- U. S. v. Morton Salt Co.* 131
- Ultra vires-Doktrin 60, 69–71, 75, 84, 90, 274
- Unionsrecht 29f., 48, 53, 286
- United States v. 50 Acres of Land* 230f., 263
- United States v. Am. Library Ass'n* 227, 235f.
- Universitäten 41f., 69, 81–85, 233–237, 263, 287f.
- Untereinheiten des Staates 203–219, 229–233, 237, 262–264, 269, 288f.
– *siehe auch* Bundesstaaten
– *siehe auch* Kommunen
- Unternehmen, gemischtwirtschaftliche 37, 42–44, 45–48, 55
- Vattenfall 27–31
– *siehe auch* AtG-Novelle
- Veil, corporate (US-amerikanisches Recht) 3f., 21, 24f., 75, 244f., 265–267
– *siehe auch* Trennung von natürlicher und juristischer Person (deutsches Recht) 14–18, 24f., 27–55

- Verantwortung, strafrechtliche von
corporations, siehe Liability, corporate
criminal
- Verein 15, 19
- Verfahrensgrundrechte 40, 52
- Verfassungsänderung 249, 285 f.
- Verfassungsgeschichte 2 f., 9–11, 37,
72–74, 134–136, 155 f., 173–180,
196–199, 239 f., 293
- Verfassungskonvent, *siehe*
Verfassungsväter
- Verfassungsrechte 23 f.
- Verfassungssystem 2–4, 12, 33 f., 43–48,
54 f., 201, 242 f., 271–273, 283–286, 289,
293–296
- Verfassungsväter 72–74, 174–176, 230
- Verfassungsvergleich, *siehe*
Rechtsvergleichung
- Verhaftung, *siehe* Prohibition of
Unreasonable Searches and Seizures
(4. ZA)
- Verhütung 184–192, 288
- Virginia State Board of Pharmacy v.*
Virginia Citizens Consumer Council
142–145, 150 f., 156 f., 163 f., 177
- Voting Rights Act 203–205
- Wahlkampffinanzierung 141 f.,
145–154, 158–164, 165–168, 168–180,
181
- Wahlrecht, *siehe* Right to Vote (15. ZA)
- Wesen der Grundrechte 3, 17, 28, 38,
51–53, 272, 276 f., 283, 296
- Wesensargument, *siehe* Durchgriffsthese
- Wettkampf der Meinungen, *siehe*
Austausch der Ideen, freier
- Wheeling Steel Corp. v. Glander* 135–137
- Williams v. Baltimore* 217
- Wissenschaftsfreiheit 41, 233–237
– *siehe auch* Freedom, academic (1. ZA
US-Verf.)
- Zahntechniker, *siehe* Innungen
- Zugeständnis, *siehe* Concession Theory
- Zusatzartikel, dreizehnter, *siehe* Abolition
of Slavery (13. ZA)
- Zusatzartikel, erster, *siehe* Free Exercise
Clause (1. ZA)
- Zusatzartikel, erster, *siehe* Freedom of
Speech (1. ZA)
- Zusatzartikel, erster, *siehe* Freedom of the
Press (1. ZA)
- Zusatzartikel, erster, *siehe* Freedom,
academic (1. ZA)
- Zusatzartikel, fünfter, *siehe* Double
Jeopardy Clause (5. ZA)
- Zusatzartikel, fünfter, *siehe* Due Process
Clause, federal (5. ZA)
- Zusatzartikel, fünfter, *siehe* Nemo tenetur
(5. ZA)
- Zusatzartikel, fünfter, *siehe* Takings Clause
(5. ZA)
- Zusatzartikel, fünfzehnter, *siehe* Right to
Vote (15. ZA)
- Zusatzartikel, vierter, *siehe* Prohibition of
Unreasonable Searches and Seizures
(4. ZA)
- Zusatzartikel, vierzehnter, *siehe* Due
Process Clause, state (14. ZA)
- Zusatzartikel, vierzehnter, *siehe* Equal
Protection Clause (14. ZA)
- Zusatzartikel, vierzehnter, *siehe* Privileges
or Immunities Clause (14. ZA)
- Zuständigkeit der Bundesgerichte,
siehe Art. III Abschn. 2 S. 1 US-Verf.
(Controversies between Citizens of
Different States)